

KONFERENZ DER PRÄSIDENTEN DER PARLAMENTE DER EUROPÄISCHEN UNION

1. Die Jahreskonferenz der Parlamentspräsidenten der Europäischen Union fand am 2. und 3. Juli 2004 im Rittersaal in Den Haag statt. Die Präsidenten der Parlamente der 25 Mitgliedstaaten sowie des Europäischen Parlaments und der Parlamente der drei Beitrittskandidaten nahmen an der Konferenz teil. Der Vorsitz der Konferenz wurde abwechselnd vom Präsidenten des Senats der Staten Generaal, Frau Yvonne E.M.A. Timmerman-Buck und dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses der Staten-Generaal, Herrn Frans W. Weisglas geführt. Der Premierminister der Niederlande hielt eine Eröffnungsansprache auf der Konferenz, bei der er die primäre Bedeutung einer weiteren Stärkung der Rolle der nationalen Parlamente bei der europäischen Zusammenarbeit feststellte.
2. Von Anfang an standen vier spezifische Themen auf der Tagesordnung: Überwachung der Einhaltung des (Grundsatzes der) Subsidiarität, das Sprachenregime bei künftigen Konferenzen, die interparlamentarische Zusammenarbeit und die europäische und weltweite Agenda nach der Erweiterung. In ihrer Einleitungsrede wies die Präsidentin des niederländischen Senats, Frau Yvonne E.M.A. Timmerman-Buck, darauf hin, dass dies die erste interparlamentarische Konferenz nach dem Abschluss der Regierungskonferenz sei. Sie stellte fest, dass künftige Herausforderungen nicht nur in der Umsetzung des neuen Verfassungsvertrages, sondern auch in der Aufstellung einer gemeinsamen europäischen und weltweiten Agenda lägen.
3. Im Hinblick auf den sogenannten Frühwarnmechanismus gab der Vizepräsident des Unterhauses Großbritanniens, [Sir Alan Haselhurst](#), eine Erläuterung der verschiedenen Optionen, die im Unterhaus für die Umsetzung des Mechanismus in Erwägung gezogen werden, und warf wichtige Fragen im Hinblick auf die künftige interparlamentarische Zusammenarbeit auf diesem Gebiet auf. Der Präsident des Nationalrates der Slowakischen Republik, [Herr Pavol Hrusowksy](#), betonte die Wichtigkeit, dass das Subsidiaritätsprinzip ein Instrument zur Gewährleistung der Wirksamkeit und der Legitimität des Europäischen Entscheidungsprozesses sei. Er rief die Teilnehmer dazu auf, über die von uns zu schaffende künftige Europäische Union nachzudenken, insbesondere durch eine Klärung des Verfassungsvertrags.
4. Eine lebhafte Debatte fand zur Frage des bei künftigen Konferenzen anzuwendenden Sprachenregimes statt. Mehrere Präsidenten hatten Verständnis für die logistischen und finanziellen Probleme, die die Beibehaltung eines vollen Sprachenregimes stellen würde, unterstrichen jedoch gleichzeitig die große Bedeutung, die mit dem Recht verbunden sei, innerhalb der Europäischen Union in seiner eigenen Sprache zu sprechen. Es bestand ein gewisser Konsens darüber, dass das Recht, in der Muttersprache zu sprechen, beibehalten werden sollte, dass die Verantwortung zur Bereitstellung einer Verdolmetschung jedoch nicht automatisch beim Gastland liegen sollte.
5. In seiner Ansprache auf der Konferenz plädierte der Präsident des Europäischen Parlaments, Pat Cox, für eine Wiederbelebung des Enthusiasmus für Europa, indem man sich auf wesentliche Fragen und die Erfüllung der Wünsche der Bürger konzentrieren sollte. In Zukunft sollten dynamische Beziehungen zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament gestärkt werden durch

- eine Stärkung der direkten Zusammenarbeit in Form gemeinsamer parlamentarischer Sitzungen zu regierungsübergreifenden Politikbereichen.
6. Der Präsident des Schwedischen Reichstages, [Dr. Björn von Sydow](#), stellte Richtlinien für die interparlamentarische Zusammenarbeit in der Europäischen Union vor. Diese Richtlinien wurden auf der Grundlage der Ergebnisse einer Arbeitsgruppe der Parlamentspräsidenten, der Athener Gruppe, erstellt.
 7. Im Hinblick auf die künftige europäische und weltweite Agenda betonte der Senatspräsident Polens, [Professor Longin Pastusiak](#), die Bedeutung, dass bei der Bewältigung der Herausforderungen und Bedrohungen der heutigen Welt die Parlamente lokal handeln, jedoch global denken. Zu derselben Frage übersandte [Herr Pier Ferdinando Casini](#) einen Bericht, der in seinem Namen von Herrn Biondi, Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, vorgestellt wurde. Er plädierte für eine größere interparlamentarische Zusammenarbeit in Anbetracht der Komplexität der internationalen Lage.

[Schlussfolgerungen des Vorsitzes](#)